

Osnabrücker Erklärung zu einer regionalen Verkehrswende

Wir treten ein für eine konsequente Verkehrswende in der Region Osnabrück. Klimaschutz, weniger Staus, weniger Lärm und saubere Luft, mehr Sicherheit im Straßenverkehr bedeuten eine höhere Lebensqualität. Mobilität in der Region Osnabrück soll nachhaltig, bezahlbar, schnell und komfortabel sein, mit dem ÖPNV, mit dem Fahrrad oder zu Fuß.

Wir fordern eine Verkehrswende, die die Bedürfnisse der Menschen und nicht den Autoverkehr zum Mittelpunkt macht.

1. Ab sofort sind alle verkehrsplanerischen und verkehrslenkenden Konzepte und Maßnahmen unter regionalen Aspekten zu planen und zu realisieren, d.h. den gesamten Verkehrsraum in und um Osnabrück als eine Einheit zu beplanen.
2. Für die Region Osnabrück mit ihren rund. 550.000 Einwohnern*innen (einschließlich Lotte und Westerkappeln) ist unverzüglich ein Planungsgremium für die gesamte Verkehrsentwicklung zu bilden, in dem die Verkehrsplaner*innen von Stadt, Landkreis, den Umlandgemeinden, den Verkehrsgemeinschaften/-träger*innen und den Verbänden vertreten sind.
3. Die regionale Verkehrsentwicklung und die Verkehrswende sind Teil der Daseinsvorsorge und müssen sich am Gemeinwohl und nicht am Individualverkehr orientieren.
4. Klima- und umweltfreundliche Verkehrsträger*innen müssen gefördert und klima- und umweltbelastende Verkehrsträger*innen reduziert werden. Dies bedeutet, Ausbau und Verbesserung des Rad- und Fußverkehrs sowie des ÖPNV zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs vorzunehmen und dafür den Verkehrsraum neu zu verteilen.
5. Die Region ist mit einem Netz sicherer, breiter und gepflegter Radwege auszustatten, um geschützt in die Stadt Osnabrück und umgekehrt in die Umlandgemeinden zu gelangen. Erste Priorität hat der Ausbau der Radwege an den Hauptverkehrsstraßen, die radial die Stadt Osnabrück mit dem Umland verbinden. Nachdem der Rat der Stadt Osnabrück im Mai 2019 die Stärkung des Radverkehrs beschlossen hat und in 10 Jahren unter den 5 besten Fahrradstädten der Republik sein will, muss die Stadt Osnabrück den Radverkehrsplan 2030 in den nächsten Jahren zügig und umfassend umsetzen.
6. Die Benachteiligung von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen an Einmündungen, Kreuzungen, Autobahnauffahrten und Ampelanlagen ist zu beenden. Generell sind Vorrangschaltungen für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen einzuführen, Priorität haben Schulwege und besonders belastete Verkehrsknotenpunkte.
7. Der ÖPNV hat in der Stadt, stadtein- und auswärts und im Umland Priorität und ist mit Ampelvorrangschaltungen, Busspuren u. ä. flächendeckend auszustatten.
8. Die Verkehrswende in der Region wird nur gelingen, wenn entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Dies bedeutet auch, Mittel aus dem Straßen- und Parkplatzbau in Richtung ÖPNV, Rad- und Fußwegebau sowie Rad- und Fußwegertüchtigung umzuverteilen.
9. Die Konkurrenz zwischen den Gemeinden um Kund*innen mittels Parkplatzangeboten und schneller Erreichbarkeit per PKW ist zu beenden. In den Zentren sind in den nächsten 10 Jahren kontinuierlich pro Jahr ein festzulegender Prozentsatz von PKW-Parkplätzen abzubauen bzw. für Fahrräder umzuwidmen.

10. Parken bzw. Parkplatzangebote müssen die echten Kosten abbilden. Die Nutzung von Parkflächen darf nicht länger kostenlos oder erheblich preisgünstiger als die Nutzung des ÖPNV sein.
11. Die Verkehrswende kann nur gelingen, wenn sie Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit berücksichtigt. Insbesondere sind Beschäftigungsaspekte, gute Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmer*innenrechte von hoher Bedeutung. Bei allen vorgeschlagenen Maßnahmen haben die Interessen von Menschen mit geringem Einkommen einen hohen Stellenwert.
12. Belastungen an den Arbeitsplätzen im ÖPNV müssen abgebaut und die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden. Für eine schnelle und erfolgreiche Verkehrswende braucht es nicht nur Investitionen in die Infrastruktur, sondern auch in das Personal.

